

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. September 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verträge und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 107

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Wochenchau:** Sechs Wochen Krieg; Ludwig Frank; Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe; Appell an das druckauftraggebende Publikum; Unnötige Schwierigkeiten; Wahrheit und Dichtung; Kundgebungen aus andern graphischen Zweigen; Das lokale Unterhaltungswejen; Internationale Entgleisungen.

**Kritik:** Künftliches Licht an Sechsmaschinen.

**Korrespondenzen:** Berlin. — Braunschweig. — Sildesheim.

**Rundschau:** Vorbildliche Unternehmer! — Kollegiale Hilfe für Familien schuldenspflichtiger Kollegen. — Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln einer Landesversicherungsanstalt. — Preissteigerungen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

### Wochenchau

Sechs Wochen Krieg liegen nun hinter uns. Auch die Erwartungen der größten Optimisten dürften durch die Erfolge der deutschen Seereschiffe übertraffen sein. In der vergangenen Woche ist auf dem westlichen Kampfplatze das starkbestaffte Maubeuge genommen worden. Der deutsche Vormarsch nahm seinen Fortgang und die französisch-belgische Abwehr gestaltete sich immer schwieriger. Auf Verdun wurden erfolgreiche Angriffe unternommen. Auch in der Gegend von Paris fanden bereits umfangreichere Kämpfe statt. Es sind wieder viele Gefangene und ist große Kriegsbeute gemacht worden. Im Osten wurde von den Deutschen der linke Flügel der noch in Ostpreußen befindlichen Russen geschlagen, einem von Finnland kommenden russischen Armeekorps bei Lyda eine empfindliche Niederlage beigebracht. Am Lemberg haben die verstärkten Österreicher und Ungarn den Kampf gegen die russische Aermacht von neuem begonnen. Die begonnene Woche dürfte uns Gewißheit über große Entscheidungskämpfe im Osten wie im Westen bringen.

Leider hat der mörderische Krieg auch schon einen ganz hervorragenden Kämpfer der deutschen politischen Arbeiterbewegung zum Opfer gefordert: Ludwig Frank, einer der Soffnungsvoollsten in der sozialdemokratischen Partei, fiel als erster Reichstagsabgeordneter in diesem Riesenkriege. Frank war landsturmpflichtig, hatte sich aber in seinem Wohnsitz Mannheim als Kriegsfreiwilliger gemeldet, war erst am letzten Augusttage ins Feld gerückt, und gleich im ersten Gelechte streckte ihn eine feindliche Kugel nieder. Frank, der von Beruf Rechtsanwalt war, ist einer von denen gewesen, die am meisten für eine Verständigung mit Frankreich eintraten. Nun ist er auf Frankreichs Boden (zwischen Luneville und Epinal) im Kampfe für Deutschlands Existenz gefallen. Was hätte aus dem erst Bierzigjährigen werden können! Wie war er, der glänzende, schlagfertige Redner im Reichstage schon geachtet! Das Bedauern über diesen Verlust ist allgemein. Der bekannte badische Minister Freißner v. Bodmann hat auf der Redaktion des „Volksfreundes“ in Karlsruhe vorgeschlagen, um in seinem Namen sowie im Auftrage des Staatsministeriums das Beileid anlässlich des Todes des Abgeordneten Dr. Frank zum Ausdruck zu bringen. Auch ein Zeichen der Zeit!

Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe gestaltet sich nach den uns dankenswerterweise bis zu dieser Nummer gemachten (sonst aber noch nicht vollständig eingegangenen) Mitteilungen folgendermaßen: Berlin hatte in der Woche vom 6. bis 12. September 4900 vollbeschäftigte, 716 wechselseitig arbeitende und 3829 arbeitslose Mitglieder; gegen die Vorwoche ist danach eine ganz minimale Besserung eingetreten. Breslau verzeichnete in der ersten Septemberwoche 329 (in der Woche zuvor 297) Vollbeschäftigte, 60 (170) Aussehende, 282 (290) Arbeitslose; dort hat sich also die Zahl der wechselseitig Arbeitenden in nicht völlig zu erklärender Weise verringert. Danzig berichtet für die erste Septemberwoche über 75 Vollbeschäftigte, 27 Aussehende und 65 Arbeitslose. Dresden (für den gleichen Zeitraum): 697 Vollbeschäftigte, 102 Aussehende, 681 Arbeitslose. Essen hatte in der letzten Augustwoche 168 Vollbeschäftigte, 14 Aussehende, 140 Arbeitslose. Freiburg i. Br. teilt mit, daß in der ersten September-

woche 85 Mitglieder voll- und 59 wechselseitig arbeiteten, 127 Kollegen waren arbeitslos. In Hamburg gab es in der ersten Septemberwoche 898 (1027) Vollbeschäftigte, 324 (169) wechselseitig Arbeitende und 1068 (1094) Arbeitslose. Hannover hatte in der zweiten Septemberwoche 419 Arbeitslose; für die Woche zuvor wurde uns über 400 Arbeitslose, 400 wechselseitig Arbeitende und 350 Vollbeschäftigte berichtet. In Karlsruhe waren in der ersten Septemberwoche 85 Kollegen arbeitslos; das Aussehen ist dort speziell in den größten Druckereien eingeführt. Kiel hatte Ende August 175 Vollbeschäftigte, 4 wechselseitig Arbeitende und 26 Arbeitslose; der letzteren Zahl wäre fast doppelt so hoch, wenn die zu andern Berufen übergegangenen (23) Kollegen hinzugezählt würden. Köln meldet für die erste Septemberwoche 456 Vollbeschäftigte, 78 Aussehende und 256 Arbeitslose. Leipzig hatte in der letzten Augustwoche 2364, in der ersten Septemberwoche 2289 und in der zweiten 2231 gänzlich arbeitslose Mitglieder. Aus Magdeburg erfahren wir, daß in der ersten Woche des September dort 123 (106) Vollbeschäftigte, 182 (257) wechselseitig Arbeitende und 241 (234) Arbeitslose vorhanden waren. Strahburg hatte in der ersten Septemberwoche 180 Vollbeschäftigte, 46 Aussehende und 55 Arbeitslose. In Stuttgart waren in der gleichen Zeit 395 Mitglieder voll- und 512 wechselseitig beschäftigt, 586 ohne jede Arbeit.

Dieser erste Blick überblickt noch keine sicheren Schlüsse zu. Die Angaben müssen zeitlich mehr übereinstimmen, was in Zukunft wohl erreichbar sein wird. Man könnte also nur von einem geringfügigen Ansatze zur Besserung sprechen. Zu beachten ist auch, daß eine ganze Anzahl von Kollegen etwas verkürzt arbeitet, eigentlich also nicht zu den Vollbeschäftigten und auch nicht zu den Aussehenden zu rechnen ist. Die Arbeitslosigkeit ist danach zweifellos außerordentlich groß zu nennen. Das Bestreben muß aber dahin gehen, die Zahl der erschreckend vielen Konditionslosen vorderhand wenigstens durch wechselseitiges Aussehen zu verringern.

Es wäre erwünscht, wenn sich noch mehr größere Druckorte an dieser freiwilligen Statistik beteiligen würden, die sich auf die ziffernmäßige Angabe der Vollbeschäftigten, der Aussehenden und der Arbeitslosen beschränkt. Bis zum Freitag erbitten wir jedesmal diese Feststellungen vom Schlusse der Vorwoche.

Der Deutsche Buchdruckerverein hat, wie wir der Tagespresse entnehmen, mittels Rundschreibens einen Appell an das druckauftraggebende Publikum gerichtet. Da kein andres Gewerbe in dem Maße von dem Geschäftsgang in allen Industrie- und Handelszweigen abhängig ist wie der Buchdruck, so war ja mit schweren Rückwirkungen des Kriegs auf unser Gewerbe zu rechnen. Um so mehr muß alles daran gesetzt werden, den Druckereien von neuem Aufträge zuzuführen. Die Landesregierungen sind anerkenntnisvollerweise bemüht, der Industrie wieder Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Auch die Stadtverwaltungen strengen sich in dieser Richtung an. All diese Versuche, dem Wirtschaftsleben Deutschlands den so nötigen Aufschwung zu verschaffen, sollen einmal in einem besondern Artikel besprochen werden, da sich aus diesen Bemühungen und Maßnahmen wertvolle Lehren auch für die Zukunft ergeben.

Wenn man in den letzten Wochen von einer erheblichen Zahl von Arbeitgebervereinigungen lesen konnte, wie das große Publikum ersucht wird, mit Aufträgen nicht unnötigerweise zurückzuhalten, da doch auch an die unzähligen Arbeitslosen gedacht werden müsse, so mußte mit einer gleichen Aktion auch des Deutschen Buchdruckervereins gerechnet werden. Unser Gewerbe beschäftigt über 200.000 Personen. Allein von den Gehilfen waren am 15. August schon 25 Proz. gänzlich arbeitslos, diese Zahl wird sich inzwischen beträchtlich vermehrt haben. Bei den übrigen Arbeiterkategorien im Buchdruck steht es gleichfalls recht schlecht aus. Gegen diese Massenarbeitslosigkeit muß ebenso wie in andern Gewerben etwas Entschiedenenes unternommen werden.

Es ist bemerkenswert, daß aus Gehilfenkreisen bereits Zuschriften eingegangen sind, in denen zum Teil Verwunderung zum Ausdruck kommt, daß von unsern Prinzipalen bzw. deren Vertretung noch nicht Veranlassung genommen wurde, nach dem Beisiel anderer Arbeitgeberverbände an das Publikum heranzutreten. Andererseits wird angeregt, von Gehilfen aus für die nötige Aufklärung öffentlich zu sorgen, damit auch in unserm Gewerbe wieder mehr Arbeits- und Verdienstmöglichkeit gegeben ist. In einem dieser Schreiben heißt es nach einer Kritik von gewissen Erscheinungen auf Prinzipalseite, die in der letzten Wochenchau schon Anlaß zu Tadel gegeben haben (vornehmlich handelt es sich dabei um die Fälle, wo die Lehrlinge mit dem Faktor allein weiterarbeiten oder gar der Prinzipal mit zu dem längst ungewohnt gewordenen Winkelhaken greift):

Behörden und öffentliche Körperschaften (Handelskammern) beschwören die Unternehmer, das Wirtschaftsleben nicht durch kopf- und rücksichtsloses Schließen ihrer Betriebe zum Stillstande zu bringen; zu bedenken, daß, wenn Arbeitermassen substanzlos werden und die Konsumtionsfähigkeit einbüßen, dies doch auf alle andern Branchen verberblich einwirken müsse. Man solle lieber, selbst unter erheblichen Opfern, die doch der Krieg von allen fordere, die Betriebe aufrechterhalten. Vergebens! Bedenken diese Leute denn nicht, daß dieses Verhalten, allgemein beobachtet, zu einer inneren Katastrophe führen muß? Jetzt im Anfange hat schließlich noch mancher ein paar Spargroschen oder etwas Kredit. Wenn diese zu Ende sind, was dann? Und dazu steht der Winter vor der Tür!

Wenn allgemein seitens der Prinzipalität im dringender Weise an alle Auftraggeber mit dem nachdrücklichen Ersuchen herangefahren würde, wenigstens die angefangenen Arbeiten nach Möglichkeit weiterzuführen, vielleicht gelingt es doch, der geradezu katastrophalen Arbeitslosigkeit wenigstens bis zu einem erträglichen Maße zu steuern.

Der Versuch, unsre Prinzipale zu einem solchen Vorgehen allgemein zu drängen, muß gemacht werden. Wir dürfen uns auch nicht mit abschließender Ablehnung zufrieden geben, im Gegenteil müssen wir uns, soweit möglich, erbitten, selbst bei den Auftraggebern zu intervenieren. Bei Durchsprechung der seinerzeit stillgestellten Aufträge wird sich mancher finden, der ruhig ausgeführt werden kann und, wenn dem Auftraggeber die Sache gebrüg vorgestellt wird, wohl auch weitergeführt werden wird.

Sollte der eine oder andre Prinzipal aber es bequemer finden, den Betrieb über Gebühr einzuschränken, so darf meines Erachtens auch nicht davor zurückgeschreckt werden, ihm zu bedeuten, daß er nicht darauf rechnen darf, nach dem Kriege das jetzt Engangene durch Überstunden bis in die Puppen wieder hereinholen zu können. Gehilfen, die sich mit solchen Gedanken beschäftigen, zählen sicherlich zu den brauchbarsten Gliedern des Gewerbes.

Die Prinzipalorganisation hat nun einen Versuch, wie in den bei uns eingegangenen Zuschriften gewünscht wird — namentlich in vorstehender —, unternommen. Wir drucken das unter dieser Art von Kriegsdokumenten zwar nicht zuerst erlassene, in seiner Wirkung hoffentlich aber um so schneller befriedigende Rundschreiben nachstehend soweit ab (unser Vorlassung der Einleitung), wie es uns aus der Tagespresse bekannt geworden ist:

Die nachteiligen Wirkungen des fast völligen Darniederliegens des Buchdruckgewerbes machen sich nun nicht nur bei den Großbetrieben, in denen bedeutende Kapitalien angelegt sind, schwer fühlbar, sondern besonders bei den zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben, die meist nur schwach fundiert sind und deren fernerer Bestand ebenso wie die Existenz der darauf angewiesenen Familien von dem Fortgange der Beschäftigung ganz und gar abhängt. Eine weitere Folge dieser schweren Schicksalschläge ist, daß in den wenigen Wochen seit Ausbruch des Krieges unter der Arbeiterkraft des Buchdruckgewerbes eine so weitgreifende Arbeitslosigkeit eingetreten ist, daß sie trotz der gewerkschaftlichen Hilfe viele in äußerster Nothlage bringen muß, wenn ihr nicht bald geholfen werden kann.

Diese tief zu beklagenden Zustände beziehen sich nicht nur auf die gelerntten Gehilfen, sondern auch auf das zahlreiche Hilfspersonal, insbesondere die Arbeits-

Annern, von denen jetzt viele Tausende ohne Arbeit und auch ohne Aussicht auf solche sind. Von den deutschen Buchdruckerbesitzern haben diejenigen, denen es möglich war, nach Kräfte beider eingegriffen. In der Entlohnung haben sie an dem Frieden durch Jahrzehnte bewährten Tarifgemeinschaft mit dem Lohnstarke festgehalten, also keine Abzüge eintreten lassen.

Das einzige Mittel indes, mit dem das Uebel, unter dem Arbeitgeber wie Arbeitnehmer leiden, bekämpft werden kann, ist Arbeit! Dem Buchdruckergewerbe müssen wieder Druckaufträge zugeführt werden, damit es für sich und seine Arbeiterschaft sorgen kann. Es brauchen zunächst nur die vielen Aufträge wieder erneuert zu werden, die den Druckereien bei Ausbruch des Krieges entzogen wurden. Es braucht weiter die Geschäftswelt und insbesondere der Buchhandel nur in Erwägung zu ziehen, daß die Kaufkraft und Kaufkraft des Publikums mit dem Fortschreiten der Siege unserer Heere immer mehr wachsen wird, und daß der zu erwartende geschäftliche Aufschwung nach Niederwerfung der Konkurrenz unserer Feinde einen Bedarf von Geschäfts- und Reklamendruckfachen mit sich bringen wird, den man als ganz außerordentlich einschätzen kann. Die staatlichen und kommunalen Behörden können zur Neubelebung des Buchdruckergewerbes ebenfalls viel beitragen dadurch, daß sie mit der Deckung ihres Drucksachenbedarfs nicht zurückhalten. Nicht zuletzt kann bei der Zulieferung von Arbeiten in die Buchdruckereien auch das große Publikum hilfreiche Hand anlegen; denn auch dessen Bedarf an Drucksachen ist im ganzen ein erheblicher. Alles in allem gilt es also, dem Buchdruckergewerbe Arbeit zuzuführen, und ein jeder, der für amtlichen, geschäftlichen oder persönlichen Bedarf Druckerarbeiten zu vergeben hat, sollte nicht säumen, den Buchdruckern über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen!

Dieser Appell entspricht einer absoluten, nicht länger aufschleppbar gewesenen Notwendigkeit. Es ist eine ganze Anzahl von Unternehmerorganisationen, die für sich beanspruchen können, früher mit einem solchen Aufruf auf dem Plan erschienen zu sein. Wie in einer der demnächstigen Nummern noch zu zeigen sein wird, sind da ganz markante Bekundungen gewerblichen Gemeinnsinns zu verzeichnen.

Wir nehmen übrigens an, daß es sich bei dem Aufrufe des Deutschen Buchdruckervereins um ein Vorgehen der Leitung desselben handelt, nicht des lokalen Vorstandes in Leipzig, womit doch nur begrenzt gewirkt werden könnte. Von dieser Annahme ausgehend, wäre noch zu wünschen, daß dieses Rundschreiben der gesamten Presse als redaktionelle Veröffentlichung zugänglich gemacht wird, und daß man wiederholende kurze Hinweise später folgen läßt. Die eminent wichtige Angelegenheit muß mit Energie behandelt werden. Da sich niemand die Presse zugänglicher machen kann als die Arbeitgeberchaft des Buchdruckergewerbes, so steht dem guten Willen zur nachdrücklichen Befehung des Publikums nichts im Wege.

Über unnötige Schwierigkeiten, die dem Wiedererwecken des Geschäftslebens bereitet werden, ist auch aus unserm Gewerbe zu berichten.

Es darf nämlich nicht verkannt werden, welche Schwierigkeiten und Widerstände der entschiedene Wille findet, mehr Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Von ganz bekannten Verlegern sind uns Auskünfte wie Geschäftsmaximen während der Kriegszeit bekannt geworden, die erstaunen machen; leider aber nicht in freudigem Sinne. Behörden zeigen sich von einer Zugschwäche im Vergehen von Druckerarbeiten, die, wie eine Einblendung aus Bayern an die „Zeitschrift“ erkennen läßt, über den Rahmen einer verständlichen Beschränkung hinausgeht. Es kommen da Militär- und Zivilbehörden in Betracht, sie berufen sich auf einen ministeriellen Sparrerlaß. Anderswo können ebenfalls Verfügungen ergangen sein. Zweckdienliche Kommentierung wäre hier sehr am Platz. Es zeigt sich doch sonst so erfreulich viel praktische Kriegssozialpolitik bei den Behörden!

Die Schwierigkeiten anderer Art sind schlimmer. In erster Linie sind es die Papierlieferanten, gegen deren rigoroses Vorgehen in der „Zeitschrift“ scharfe Töne angeschlagen werden. Wir wollen vorweg bemerken, daß auch in Österreich gegen die Papierfabrikanten und -händler von den Prinzipalen mobil gemacht wird. Diese auch in gewöhnlichen Zeiten ziemlich diktatorisch auftretenden, mit anscheinlichem Profil arbeitenden Firmen verlangen selbst von den seit vielen Jahrzehnten mit ihnen in geschäftlicher Verbindung stehenden Druckereien für Lieferungen jeder Art und in jedem Quantum sofortige Bezahlung. Eine von den Firmen Karl Rudolf Bergmann, H. C. Besthorn, Bresschneider & Gräfer, Albert Rabus, Schwan & Co. an ihre Kunden verfaßte Erklärung besagt u. a., daß weitere Lieferungen nur gegen Bezahlung mit 2 Proz. Skonto, Aufträge mit Druck sogar nur gegen Vorauszahlung der Hälfte des Betrages ausgeführt werden können. Wechsel werden überdies nicht in Zahlung genommen und Schecks nur „ohne Verrechnung“ auf den Platz Berlin. Wie man aber im „Berliner Tageblatt“ lesen konnte, setzt die Firma Besthorn ihren eigenen Lieferanten die schärfsten Baumschrauben an, was von dem „B. Z.“ entsprechend gewürdigt wird.

Solche Praktiken — die Banken der Kreditgeber bieten auch Musterbeispiele von patriotischem Gemeinnsinn,

wie er in dieser schweren Zeit unmöglich sein sollte — fordern natürlich die allgemeine Verurteilung heraus. Wenn selbst große Verleger ihrem Drucker sagen, er könne wohl einiges zu arbeiten bekommen, diese jedoch Rechnung erst nach dem Kriege vorlegen, die Papierlieferanten aber auf sofortiger Bezahlung bestehen oder gar teilweise Vorauszahlung fordern, dann sind das Extreme, deren Schädlichkeit offenkundig ist. Wo die Kritik jetzt nicht verfangt, da müßte später abgerechnet werden.

Wahrheit und Dichtung fand sich in der „Zeitschrift“ höchst nebeneinander. Ein Prinzipal kritisierte und glorifizierte ganz zutreffend eine schwindelhafte Notiz der deutschen Tierchutzzeitung „Tibis“, die ihren Lesern mitteilte, daß sie „infolge Arbeitermangels während des Krieges nicht gedruckt werden könne“. Der Einsender charakterisiert diese Täuschung des Publikums mit Recht als „eine Ironie auf die traurigen Verhältnisse, die bereits 4000 Buchdruckergelassen in Mitleidenschaft ziehende Arbeitslosigkeit im Berliner Buchdruckergewerbe“. Wir müssen ein Gebahren wie das von diesem Verlage dokumentierte direkt groben Unfug nennen.

Es wird übrigens auch bekannt, daß einige der vorgekommenen Zeitungseinstellungen nicht auf Einziehung des ganzen Personals zum Militär zurückzuführen ist. Im Gegenteil! Wir lesen in der „Zeitschrift“, daß bei den eingegangenen Blättern „Kanauer Zeitung“ und „Kanauer Tagblatt“ (siehe Nr. 95 des „Korr.“) niemand vom Personal ausgehoben wurde. Na ja; im Kriege, auf der Jagd und bei Wahlen . . .!

Zusatz dagegen ist, was der Einsender der vorgelegten Notiz im weiteren zu sagen hat:

Durch übertriebene Arbeiterentlassungen ist die durch den Krieg hervorgerufene schwierige Lage des Buchdruckergewerbes ganz erheblich verschlimmert worden. Es wäre zu wünschen, daß jetzt, nachdem eine Siegesnachricht nach der andern folgt, eine hoffnungsvollere Stimmung Platz greife und der Versuch gemacht würde, den Betrieb soweit irgend möglich wieder aufzunehmen oder auszudehnen.

Die „Zeitschrift“ selbst bemerkt in der gleichen Nummer:

So manche Gewerbetreibende, vielleicht auch der eine oder der andre Buchdruckerbesitzer, haben wohl etwas zu übereil, allzu schwarzberichtig, den Betrieb ganz oder mehr als unbedingt notwendig war, eingeschränkt. Das ist allzu beschönigend gesprochen. Der „eine oder der andre“ waren in diesem Falle gar nicht so wenige. Hoffentlich sind diese Schwarzseher nun so und so kurier.

Kundengebungen aus andern graphischen Zweigen sind zwei zu verzeichnen: ein gemeinsamer Aufruf der Vorstände des Fachverbandes und des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer sowie ein Appell des Tarifamtes der Chemigraphen und Kupferdrucker an die Prinzipals- und Beihilfenmitglieder dieser Tarifgemeinschaft. Dieses hat zu Anfang September eine Sitzung abgehalten, in der festgestellt wurde, daß von 1704 in den fünf Hauptorten Beschäftigten am 29. August schon 889 arbeitslos waren. Das Tarifamt erlucht daher:

je nach Lage der Betriebsmöglichkeiten die Anstalten nicht ganz stillzulegen, sondern die Betriebe durch Verkürzung der Arbeitszeit oder Einführung von Wechsel- schichten aufrecht zu erhalten und so die Not, welche in vielen Familien der Gehilfen einzutreten droht, zu lindern. Das Tarifamt sowie die Tarifauschmittglieder werden den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft in allen Fragen mit Rat und Tat zur Hand gehen, um unter Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse mit beiden Teilen zu einer Verständigung zu kommen.

Wir bitten deshalb nochmals die Mitglieder der Tarifgemeinschaft, sich gegenseitig volles Vertrauen entgegenzubringen und sich, wenn irgend möglich, den veränderten Verhältnissen anzupassen, dem Tarifamt aber von allen Vereinbarungen Mitteilung zu machen.

Die Lithographen und Steindruckereibesitzer waren bereits vor dem Kriege von der Arbeitslosigkeit stark heimgeschlagen. Die Organisation unserer Schwager vom Stein hat von 16500 Mitgliedern 3323 zum Militär einrücken lassen, 2527 arbeiteten am 1. September voll, 2959 halbe Tage 7691 aber waren völlig arbeitslos. Der Aufruf der sogenannten Korporationen belag deshalb:

Nach zahlreichen uns zugegangenen Mitteilungen hat eine ganze Reihe von Betrieben, die unserm Verband angehören, ihre Tätigkeit vollständig oder fast vollständig einstellen müssen, während andre Betriebe, namentlich solche, die für den lokalen und nationalen Bedarf arbeiten, zurzeit in beschränktem Umfang noch weiter arbeiten können. Wir hoffen, daß die Betriebe im Interesse der bei ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter die notwendige Betriebsbeschränkung so gering als möglich halten. In diesem Krieg, in welchem für unser Vaterland und seine Bürger alles auf dem Spiele steht, halten wir es für die Pflicht jedes einzelnen, auch das Interesse der Arbeitnehmer soweit als möglich wahrzunehmen. Darum richten wir an alle Mitglieder des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer die dringende und herzliche Bitte, die erforderlichen Betriebsbeschränkungen nur in dem allerwenigsten Maße vorzunehmen. Diejenigen Firmen, welche instand sind, ihren Betrieb noch teilweise aufrechtzuerhalten, bitten wir dringend,

wenn irgend möglich, schichtweise arbeiten zu lassen resp. die Verteilung der Arbeitszeit so einzurichten zu wollen, daß möglichst allen Arbeitern noch ein Verdienst zugute kommt. Wir hoffen, daß kein Arbeitgeber des Steindruckergewerbes die gegenwärtige Lage benutzen wird, irgendeinen Vorteil für sich herauszuschlagen; wir sind aber auch überzeugt, daß die Arbeitnehmer einsehen werden, daß man sich in jedem einzelnen Fall über zu treffende Maßnahmen verständigen muß. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in diesen schweren Zeiten Hand in Hand gehen, um die Interessen des Gewerbes und ihre eignen Interessen nach Möglichkeit wahrzunehmen.

Sollten sich fragen auch diese anerkennenswerten Aufrufe zur Besserung der jetzigen Verhältnisse bei.

Das lokale Unterkümmerswesen findet in Mitgliebertreffen in verschiedener Hinsicht forgesetzt seine Regelung. Zuoberst wendet sich die Fürsorge den Familien der Eingezogenen zu, für die zum Teil für den Notfall gesorgt wird. Der „Typograph“ macht darauf aufmerksam, daß jetzt Gemeindeverwaltungen verschiedentlich auskundschaften lassen, ob von den Arbeitgebern etwa Familienunterstützung gewährt wird. Andererseits ist wieder öffentlich bekanntgegeben, z. B. in Leipzig, daß Anrechnung der von Firmen gewährten Beihilfen nicht erfolgt. Auf jeden Fall empfiehlt sich eine vorrichtige Form für derartige Bewilligungen und ihre Veröffentlichung.

Auch auf die ausgesteuerten und nichtbezugsberechtigten Kollegen richten die Orts- oder die Gauvorstände ihre Aufmerksamkeit, bereit, auch hier nach Möglichkeit zu helfen.

Von internationalen Entgleisungen in diesem Zusammenhang zu sprechen, erscheint fonderbar, und doch paßt es in den Streifen, wie man zu sagen pflegt. Da sah sich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der vorigen Woche veranlaßt, öffentlich gegen eine Erklärung zu protestieren, die das Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel im Verein mit dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei Frankreichs einen „Aufruf an das deutsche Volk“ benennt. Neben einer ganz einseitigen Darstellung der Vorgänge, die zu dem Weltkriege führten, soll damit die Arbeiterchaft der neutralen Länder auch über die „Greuelthaten der Deutschen“ aufgeklärt werden, was jedoch auf eine völlige Verfälschung hinausläuft. Der Parteivorstand sagt im Kernpunkte:

Wir fühlen uns aber verpflichtet, festzustellen, daß die deutschen Soldaten, die zu Millionen durch die Schule der deutschen Partei und Gewerkschaften gegangen sind, keine Barbaren sind und an Bildung des Geistes und des Herzens hinter den Soldaten keines Volkes der Welt zurückstehen.

Es ist bezeichnend, daß das Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus wegen der angeblichen Greuelthaten der Deutschen die öffentliche Meinung der neutralen Länder anrufen will, während es sich über hinterlistige Überfälle belgischer Franktireurs auf deutsche Soldaten ausschweigt und von den Greuelthaten der Russen in Ostpreußen nichts zu melden weiß.

In der „Selbstlichen Typographia“ vom 4. September werden in einem eingeladenen Artikel, der sich mit dem Kriege beschäftigt, nun ähnliche Vorhaltungen gegen die Deutschen erhoben. Es heißt darin:

Und zur selben Stunde stehen Hunderte von Typographenbundesmitgliedern im Wehrkleid an der Grenze mit ihren Kameraden, um zu verhüten, daß aus der Schweiz ein Kampf- und Trümmerfeld gemacht wird, wie dies aus dem unglücklichen Belgien und Luxemburg seitens der deutschen Militärmamaria gemacht wurde.

Der Artikelschreiber hat keine blasse Ahnung, daß dieser fürchterliche Krieg als ein Machwerk von dem profitierenden England und dem despotischen Rußland Deutschland aufgezogen worden ist. Die „deutsche Militärmamaria“ trifft für die traurigen Vorgänge in Belgien keinerlei Schuld, damit sind die schwer belastet, die den unseligen Franktireurkrieg dort auf dem Gewissen haben, die sind aber unter den Belgiern selbst zu suchen. Was von deutscher Seite geschehen ist, erfolgte aus bitterer Notwehr. Man muß nur die Briefe von Bekannten und Freunden draußen in Belgien über die heimtückischen Überfälle der deutschen Soldaten gelesen haben. Luxemburg aber, das war besetzt worden ist von deutschem Militär, sich aber als Kulturvolk benimmt alles andre denn ein Trümmerfeld. Ja, die luxemburgische Regierung hat in der vergangenen Woche Belgien sogar gewarnt, die Zivilbevölkerung dort weiter aufzufordern, an den Kämpfen teilzunehmen. Es ist in höchstem Maße bedauerlich, daß der älteste Passus durchgehen konnte. Der Verfasser hätte sich lieber über die Niederträchtigkeit der französischen und englischen Militärmamaria mit der Verwendung der völkerrechtswidrigen „Dum-Dum-Geschosse“ und über die Scheußlichkeiten der Russen aufregen sollen. Deutschland vermag diesen Krieg nicht zuletzt deshalb nach den Regeln des Völkerrechts führen, weil seine zu Millionen im Felde stehende Arbeiterschaft gewerkschaftlich wie politisch so gut organisiert und diszipliniert ist und daher auch im Kriege menschlich fühlt und handelt.

## Künstliches Licht an Sehmäschinen

Zu den vielen Veränderungen in der Arbeitsweise unseres Berufs, die durch die Einführung der Sehmäschinen hervorgerufen worden sind, gehört auch das Arbeiten bei künstlichem Licht nicht nur während der Abendstunden, sondern auch am Tage. Der Handfeger ist in den meisten Fällen in der glücklichen Lage, sein Arbeitspensum bei Tageslicht zu vollbringen. Anders der Maschinenfeger. Er ist sehr oft gezwungen, schon am Vormittag, beim schönsten Sonnenschein, seine elektrische Lampe anzuzünden, die bis zum Schluß der Arbeitszeit in Tätigkeit bleibt.

Der Grund der ständigen künstlichen Beleuchtung liegt vor allem in der Stellung der Sehmäschine. „Der beste Platz ist für die Sehmäschine auf genug“, heißt es in dem hiesigen Teile des „Mahnwortes“ der Zentralkommission der Maschinenfeger. Diesem Erfahrungssatze wird nur zu einem Teile Rechnung getragen, indem man sich bemüht, die Maschinen so zu stellen, daß am Tage jede künstliche Beleuchtung fortfällt; in welcher Weise das möglich ist, ist im „Mahnwort“ nachzulesen. Zu einem andern Teil erhalten die Maschinen unter den verschiedensten Vorwänden — Mäherparnis, bessere Übersichtlichkeit usw. — die ungunstigsten Plätze. Handelt es sich um einen größeren Maschinenpark, so ist es selbstverständlich nicht möglich, alle Maschinen vom Tageslicht profitieren zu lassen, sondern die Maschinenfeger müssen zum Teil, oft auch alle, tagsüber bei künstlichem Licht arbeiten.

Die Statistik der Zentralkommission für 1913 verzeichnet 246 Sehmäschinbetriebe, in denen am Tage bei künstlichem Licht gearbeitet werden muß, und zwar müssen in diesen Betrieben 292 Maschinen ständig und 336 Maschinen zeitweise am Tage mit in der Hauptsache elektrischem Licht erleuchtet werden. Da an den 4870 Maschinen 6245 Seher tätig sind, die durchschnittliche Arbeitskraft pro Maschine 1,3 beträgt, so sind an den genannten 628 künstlich beleuchteten Sehmäschinen 816 Seher zu arbeiten genötigt. Nach der Statistik des Jahres 1910 betrug die Zahl 723. Ein Beweis, daß bei den in diesem Zeitraum erfolgten Neuaufstellungen von Maschinen auf die berechtigten Wünsche der Maschinenfeger noch nicht gebührend Rücksicht genommen worden ist.

Die Folgen dieser ständigen Tätigkeit bei elektrischem Licht machen sich in den Erkrankungen der Augen bemerkbar. Auch die letzte Statistik weist 347 Kollegen auf, die an Sehförungen leiden; hierbei ist zu beachten, daß die Maschinenfeger sich zu drei Viertel in mittleren Jahren befinden. Die Ursache der Sehförungen sind die ultravioletten, also unsichtbaren, aber chemisch wirksamen Strahlen der elektrischen Lichtquelle, welche Entzündungen der Bindehaut, der Hornhaut und der Regenbogenhaut hervorruft.

Aber diese Schädigungen des Auges durch das elektrische Licht hat sich nach einem Aufsatze der Zeitschrift „Wohlfahrt und Wirtschaft“ Sanitätsrat Schanz auf Grund eingehender Studien ausgesprochen. Nach seinen Beobachtungen üben Lichtstrahlen, welche durch Bestandteile des Auges absorbiert oder verändert werden, auf das Auge physiologische Wirkungen aus, die sich in ihrer stärksten Form als Schädigungen erweisen. Als solche Lichtstrahlen kommen vor allem die kurzwelligsten, also die ultravioletten Strahlen in Betracht. Die Neuhaut wird zwar von diesen Strahlen nicht erreicht, aber es entsteht in der Augenkammer eine diffuse (weißschweifige) Beleuchtung, die eine Verringerung der Sehschärfe und eine Ermüdung des ganzen Auges im Gefolge hat. Der graue Star in höherem Lebensalter dürfte in vielen Fällen eine unmittelbare Folge des kurzwelligsten Lichtes sein. Es handelt sich dabei zum Teil um Fälle, wo der Erkrankte beim Licht einer Metalladampflampe zu arbeiten genötigt war. Es entsteht zunächst ein Lichtkatarakt, dessen Seilung durch Entfernung der schädigenden Lichteinflüsse erzielt wird.

Mit dieser Feststellung stimmen auch die Bekundungen der unter Sehförungen leidenden Kollegen überein: eine Besserung ihrer Beschwerden machte sich bemerkbar, wenn sie am Tage arbeiteten, in der Nachtsicht waren die Klagen wieder da. Auch innerhalb der Ferienzeit trat eine bedeutende Besserung ein. Von Augenärzten wird den Kollegen geraten, das Arbeiten bei elektrischem Licht zu vermeiden, was natürlich leichter gesagt als getan ist.

Interessanter dürfte auch, daß nach Dr. C. Roth („Kompendium der Gewerbekrankheiten“) die durch Einstrahlen von schmutzigen Zeilen infolge der Fettzerlegung sich bildenden Mikroleindämpfe nicht nur für die Atmungsorgane, sondern auch für die Augen schädlich sind.

Wenn nun durch die Entwicklung unseres Gewerbes und durch eingangs geschilderte Umstände es nicht zu umgehen ist, daß ein wesentlicher Teil der Kollegen ihre Arbeitszeit bei elektrischem Licht absolvieren muß, so sollte man doch von den Sehmäschinenbesitzern erwarten, daß auch sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und durch entsprechende Vorrichtungen den Schäden, denen die Maschinenfeger ausgesetzt sind, entgegenwirken. Die Erfindungen auf dem Gebiete des Augenschutzes bieten dazu die Handhabe.

Zum Schutze der Augen gegen die ultravioletten Strahlen wird die Verwendung von Nuchschutzhelmen aus Flintglas empfohlen, das diese Strahlen absorbiert.

Aufmerksam gemacht sei auch auf die Erfindung vom Sanitätsrat Dr. Fris Schanz und Dr.-Ing. Karl Stodthausen in Dresden, das sogenannte Euphosglas. Der Name Euphos stammt aus dem Griechischen und bedeutet soviel wie schönes Licht. Die aus diesem Glase hergestellten Kohlen- und Metalladampflampen sind durch Chromoxyd grünlich-gelb gefärbt und haben die Eigenschaft, die ultravioletten Strahlen nicht durchzulassen, sondern zu verschlucken, während das sichtbare Licht nur ganz gering-

fällig (um 1—5 Proz.) geschwächt wird. Hersteller dieser Gläser sind Gebr. Pöhler, Glashüttenwerke G. m. b. H., Penzig in Schlesien, und Ehrich & Graeb, Berlin. Durch Verwendung dieses Glases ist das oft lästige Tragen der Flintglasbrillen nicht nötig.

Auch die elektrische Industrie ist dem Verlangen nach Herstellung von Lampen, welche arm an ultravioletten Strahlen sind, entgegengekommen. Eine solche Lampe mit Tageslichtfarbe hat die Firma Köfeling & Mathieson, Leipzig-Leubus, unter den Namen „K. & M.“ Tageslichtlampe“ auf den Markt gebracht. Unter der Bezeichnung „Wotan-Verico-Lampe“ bringt die Firma Siemens & Halske auch eine Tageslichtlampe in den Handel. Diese Lampe ist zwar erst von 25 Kerzen Lichtstärke an zu beziehen, dürfte aber bei eventuellem Bedarf auch für geringere Lichtstärken erhältlich sein.

Die Möglichkeit zu einer Besserung der Beleuchtungsmethode und zur Abwendung von Erkrankungen der Sehkraft ist also gegeben. Wenn die Verwendung der vorstehend geschilderten Lichtquellen im Anfang etwas teurer ist als die jetzt gebräuchlichen Kohlen- oder Metalladampflampen, so dürfte dies doch bald seinen Ausgleich finden in der für den Seher angenehmeren Arbeitsweise und in dem Bewußtsein, denselben vor Schädigungen des kostbarsten menschlichen Organs bewahrt zu haben. Weiter kommt noch hinzu, daß auch die Sehmäschinenbesitzer ein Interesse an den sozialen Einrichtungen, zu denen sie Beiträge entrichten müssen, haben.

Unter den Krankheiten der Maschinenfeger stehen die Sehförungen mit in der vordersten Reihe neben Nerven- und Magenleiden. Nicht in den Anfangsjahren der Maschinenfertiigkeit machen sie sich bemerkbar, sondern sie sind das Produkt einer längeren Arbeit an der Sehmäschine, und daher ist es erklärlich, wenn nach 15 Jahren der Einführung der Sehmäschine die Klagen derjenigen, die an denselben arbeiten, sich mehren: man merkt jetzt den schädigenden Einfluß der Sehmäschinensarbeit auf den Körper. Die Kollegen auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und Mittel zur Herabminderung derselben zu empfehlen, ist der Zweck vorstehender Zeilen. Mögen die Kollegen in diesem Artikel gegebenen Anregungen nach Kräften zu verwirklichen trachten. H. N.

## □□□□ Korrespondenzen □□□□

Berlin. (Generalversammlung am 3. September.) Diese Generalversammlung war, wie die vorige, außer von den Delegierten und von den Vertrauensleuten und Druckereihelferinnen besetzt. Gauvorsteher Maffini berichtete über die Gauvorsteherkonferenz und gab die dort gefassten Beschlüsse, die durch den „Korr.“ bereits veröffentlicht sind, bekannt. Er gab zunächst einen Überblick über die finanzielle Lage des Verbandes, die der Gauvorsteherkonferenz Veranlassung bot, wenn auch mit schwerem Herzen, geringe Abstriche von den verschiedenen Unterstützungsätzen vorzunehmen. Seit dem Stande vom 15. August, der als Letztlage galt bei den Beschlüssen der Konferenz, haben sich die Verhältnisse der Arbeitslosigkeit noch bedeutend gesteigert. So wurden in Berlin in der letzten Juliwache vom Verband an 688 Mitglieder 7799 Mk., vom Berliner Verein an 731 Mitglieder 3416,50 Mk., zusammen 11215,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. In der zweiten Augustwoche erhielten vom Verbande 2505 Mitglieder 30793,25 Mk., vom Berliner Verein 2717 Mitglieder 13333,25 Mk., zusammen 44126,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung. In der letzten Augustwoche betrug diese Unterstützung aus der Verbandskasse an 3810 Mitglieder 48404,75 Mk., aus der Berliner Vereinskasse an 4060 Mitglieder 20757,25 Mk., zusammen 69162 Mk. Es stiegen also die Ausgaben für Arbeitslose in Berlin nach Ausbruch des Krieges von rund 11000 Mk. auf über 69000 Mk. wöchentlich, während die Einnahme an Beiträgen von über 22000 Mk. auf rund 10000 Mk. wöchentlich gesunken ist. Hieraus ist zu ersehen, daß nach der Konferenz die Arbeitslosen als auch die Ausgaben hierfür um 50 Proz. gestiegen sind. In Anbetracht aller dieser Umstände hat die Gauvorsteherkonferenz es verstanden, der ernsten Zeit Rechnung zu tragen, um durch die gefassten Beschlüsse zu versuchen, diese Unterstützungsätze für Monate hindurch ausgabenlos zu können. Kollege Maffini gab der Meinung Ausdruck, daß diese Neuregelung der Unterstützungsätze durch die Konferenz bei allen Kollegen das vollste Verständnis finden werde. Mit der Berichterstatter verband der Vorliegende gleichzeitig die Begründung einiger vom Vorstand unterbreiteten Anträge, um auch die Vereinskasse in den Stand zu setzen, den großen Ansprüchen gerecht zu werden, die heute an uns gestellt werden. So wurde vom Vorstände vorgeschlagen und von der Generalversammlung angenommen, daß den Invaliden, die aus der Verbandskasse und aus der Gaukasse Invalidentgeld erhalten, der Berliner Zuschuß von wöchentlich 7 Mk. auf 3,50 Mk. gekürzt wird. Ferner soll den ausgetretenen und nichtbezugsberechtigten Mitgliedern, die von der kommunalen Arbeitslosenunterstützung der Stadt Berlin nicht betroffen werden, bis auf Widerruf aus der Gaukasse eine Ertraunterstützung in Höhe der städtischen Unterstützung (Gebiete wöchentlich 4 Mk., Verheiratete 5 Mk.) gezahlt werden. Ebenso sollen die Mitglieder, die zur Gauunterstützung von 3,50 Mk. berechtigt sind und von der städtischen Einrichtung nicht betroffen werden, zum Ausgleich gegenüber den Nichtbezugsberechtigten einen Zuschuß von 1,75 Mk. erhalten. Alle diese Anträge wurden fast einstimmig von der Versammlung angenommen. In der lebhaften Diskussion wurde von allen Rednern den Maßnahmen der Gauvorsteherkonferenz, als auch den Vorschlägen des Gauvorstandes zugestimmt. Ein in der Diskussion gestellter

Antrag, die Vereinsbeiträge noch mehr nach dem Verdienste zu staffeln, als bereits geschehen, wurde abgelehnt. Weiter abgelehnt wurde auch ein Vorschlag, den Deutschen Buchdruckerverein zu eruchen, aus seinem „Fonds für besondere Zwecke“ Mittel zur Unterstützung arbeitsloser Gehilfen zur Verfügung zu stellen, weil nach den bisherigen Erfahrungen von dem Deutschen Buchdruckerverein in dieser Beziehung nichts zu erwarten ist. Zum Schluß bemängelte Kollege Bierath (Machinensfeger) an der Berichterstatterung über die Gauvorsteherkonferenz im „Korr.“ den folgenden Satz: „Bedeutungsvoll war es noch gesagt worden, daß Maschinenfeger verchiedentlich die erforderliche Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit vermissen ließen“ usw. Nachdem die Kollegen Grabmann und Maffini einige Fälle mitgeteilt hatten, erklärte Kollege Bierath trotzdem die Berichterstatterung in dieser Form nicht als einwandfrei, sondern es sollten dann auch Ort und Namen genannt werden, um nicht eine ganze Sparte in den Augen der übrigen Verbandsmitglieder zu mißkreditieren. (Es wird in der nächsten Nummer das Erforderliche hierzu gesagt werden. Red.)

Braunschweig. Die am 6. September im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Bezirksversammlung nahm nach geschäftlichen Mitteilungen, der Erledigung eines Aufnahmegehüchens in zukünftigem Sinn und der Erbringung des auf dem Schlachtfelde gebliebenen Kollegen Paul Wollstein die Abrechnung vom zweiten Quartal entgegen. Hierauf gab Vorstehender Reuter einen eingehenden Bericht von der Zusammenkunft der Bezirksvorsteher, die u. a. einen Bericht des Gauvorstehers über die Gauvorsteherkonferenz entgegenzunehmen hatte. Mit den von der Bezirksvorsteherkonferenz getroffenen Maßnahmen erklärte sich die Versammlung einverstanden. Die vom Bezirksvorstand in Vorschlag gebrachte Unterstützung der Familien der im Felde stehenden Kollegen wurde von der Versammlung gebilligt, wie man sich auch damit einverstanden erklärte, den verheirateten konditionslosen Kollegen eine wöchentliche außerordentliche Unterstützung von 1,50 Mk. aus der Bezirkskasse zu gewähren. Der Vorstandsantrag betreffs Erhebung eines stiftsweisen Ertragsbeitrags (von 50 Pf.) für die Bezirkskasse, der neben dem erhöhten Verbands- und Gaubeiträge zu zahlen ist, wurde einstimmig angenommen. Nach Mitteilung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Sidestheim. Unter Hinzuziehung der Bezirksvertrauensmänner fand am 6. September unsere Monatsversammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreuen konnte. Den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Berlin und der Bezirksvorsteherkonferenz in Hannover gab Vorstehender Freutel. Ein Antrag des Vorstandes, 20 Pf. Ertragsbeitrag von jedem beitragspflichtigen Mitgliede des Bezirks zu erheben, um den Familien der im Felde stehenden Kollegen einen Mietzuschuß und den verheirateten Kollegen, welche dauernd arbeitslos sind, eine Ertraunterstützung zu gewähren, wurde einstimmig angenommen. Ein Auschlussantrag gegen das Mitglied Paul Kelm aus Polen auf Grund des § 11, Abs. c, wurde gleichfalls einstimmig dem Gauvorstand überwiesen. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten und vorbergehend einem kurzen Schlusswort des Vorstehenden, auch fernerhin fest und freu zur Fahne des Verbandes zu halten, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

## □□□□□ Rundschau □□□□□

Vorbildliche Unternehmer! In Delfsch leistete der Buchdruckermeister C. A. Waller den Familien seiner zum Kriegsdienst einberufenen Arbeiter einen Zuschuß. — In Dortmund zahlte die Buchdruckerei Crüwell an die Familien ihrer zur Fahne einberufenen Geschäftsaangehörigen monatlich 30 Mk. — In Frankfurt a. M. zahlte die Buchdruckerei „Anton“ („Volkstimme“) den zum Heer einberufenen verheirateten Gehilfen die ersten zwei Wochen den vollen Lohn, weitere vier Wochen zwei Drittel des Lohnes; die ledigen Gehilfen erhielten einen vollen Wochenlohn und nach Ablauf der zuerst erwähnten sechs Wochen erhalten die Frauen im Felde stehender Gehilfen wöchentlich 6 Mk. und 1 Mk. für jedes Kind. Außerdem zahlte die Geschäftsleitung für sämtliche Eingekündigte die Frankenhäuserbeiträge weiter sowie die Beiträge für die Familienversicherung. — In Hamburg zahlte der Buchdruckermeister Ernst C. Jahnke seinen wegen Arbeitsmangels entlassenen verheirateten Angestellten bis auf weiteres einen wöchentlichen Zuschuß zur Verbandsunterstützung. — In Kattowitz zahlte der Herausgeber der „Kattowitzer Zeitung“ den Frauen seiner zur Fahne einberufenen Arbeiter wöchentlich 7 Mk. sowie für jedes Kind unter 16 Jahren wöchentlich 1,50 Mk., ferner werden die Beiträge zur Ortskrankenkasse weiterbezahlt. — In Karlsruhe hat die Aktiengesellschaft „Badenia“ allen verheirateten Kollegen, die zum Heer einberufen wurden, für zwei Wochen den vollen und für vier Wochen den halben Lohn garantiert. Nach Ablauf dieser Zeit will der Aufsichtsrat weitere Beschlüsse fassen. Die Müllerische Holzbuchdruckerei gewährt ihren verheirateten Gehilfen 6 oder 7 Mk. wöchentlich auf die Dauer des Krieges. Die Buchdruckerei Beck & Co. („Volkstreu“) zahlte Wochenunterstützungen von 5 bis 12 Mk. Die Buchdruckerei Ferd. Thiergarten gewährt jedem Einberufenen 5 Mk. als Handgeld und den Familien eine wöchentliche Unterstützung von 5 Mk. Die Buchdruckerei Malsch & Vogel zahlte eine Familienunterstützung von wöchentlich 6 Mk., die Buchdruckerei C. Seich eine solche von 5 Mk. und die Parfümeriefabrik von Wolff & Sohn (mit größerer Hausdruckerei) zahlte für die Frauen ihrer zum

Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter wöchentlich 10 Mk., für ein Kind 5, für das zweite Kind 4 und für das dritte Kind 3 Mk. — In Magdeburg gewährt die Buchdruckerei C. Baensch jun. den Frauen ihrer zum Felddienst einberufenen Arbeiter eine wöchentliche Unterstützung von 5 Mk. Der Verlag des „Generalanzeiger“ (A.-S.) zahlt den Frauen der Einberufenen eine wöchentliche Unterstützung von 3 Mk. und für jedes Kind 50 Pf. Der Verlag der „Volksstimme“ (Pfannkuch & Co.) zahlt an jeden verheirateten Arbeiter seines Betriebes bei der Einberufung 30 und an Ledige 10 Mk., ferner werden den Frauen der Einberufenen 6 Mk. wöchentlich sowie im Falle freiwilliger Mitgliedschaft die Krankenkassenbeiträge bezahlt. Die Buchdruckerei Bernhard Richter zahlt den Frauen der Einberufenen wöchentlich 5 Mk. und die Buchdruckerei M. Wohlfeld gewährt den Frauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Angehörigen ab 1. Oktober eine wöchentliche Unterstützung bis zum Schlußbeitrag von 10 Mk., außerdem bezahlt die Firma für die noch im Geschäft Tätigen den vollen Beitrag zur Krankenkasse und für die Einberufenen den Beitrag zur letzten Klasse der Krankenkasse, um deren Familienversicherung aufrecht zu erhalten. — In Meiningen zahlt die Buchdruckerei Gebr. Heinemann den Frauen ihrer ins Feld gezogenen Arbeiter etwa die Hälfte des Lohnes weiter und unterstützt die durch teilweise Einstellung des Betriebes arbeitslos gewordenen Arbeiter. — In Regensburg gewährt die Buchdruckerei Gebrüder Habel und Joseph Habel den Familien ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter eine wöchentliche Unterstützung von 7 Mk. — In Rostock zahlt die Hofbuchdruckerei Karl Boldt den Familien der zur Fahne einberufenen Arbeiter eine Unterstützung von 10 Mk. wöchentlich. — In Saugau zahlt die Hofbuchdruckerei und Papierwarenfabrik Otto Bachmann den ins Feld einrückenden Geschäftsangehörigen und deren Familien sowie den ausziehenden Gehilfen eine Beihilfe in verschiedener Abstufung. — In Würzburg unterstützt die Buchdruckerei von G. Richter („Würzburger Generalanzeiger“) die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Geschäftsangehörigen mit 10 Mk. für die Frau und 12 Mk. für Frau und Kinder wöchentlich. — Der Schußverband Deutscher Steindruckereibesitzer hat für Unterstützung arbeitsloser Steindruckereigesellen und für die Unterstützung von besonders bedürftigen Familien solcher Gehilfen, die im Felde stehen, den Betrag von 60 000 Mk. ausgeworfen.

**Kollegiale Hilfe für Familien kriegsdienstpflichtiger Kollegen.** Von mehreren Orten sind uns in letzter Zeit zahlreiche Mitteilungen zugegangen, wonach einzelne Personale in altbewährter Buchdruckerolidarität außer den sonst schon zur Pflicht gewordenen höheren Organisationsbeiträgen freiwillige Sammlungen vorgenommen oder sich die Leistung von außerordentlichen Wochenbeiträgen freiwillig auferlegt haben, um besonders unterstützungsbedürftigen Familien von Kollegen, die zur Fahne einberufen wurden, einen einmaligen oder regelmäßigen Zuschuß zukommen zu lassen. Diese Mitteilungen über solche Maßnahmen gingen uns zum Teil mit der Bitte zu, davon in geeigneter Weise im „Korr.“ Kenntnis zu geben. Nach reiflicher Überlegung und unter Berücksichtigung verschiedener Umstände, die teilweise dazu beitragen könnten, den eigentlichen Zweck solcher an und für sich nur erfreulichen kollegialen Maßnahmen zu durchkreuzen, wollen wir jedoch davon Abstand nehmen, diesem Wunsche zu entsprechen. Wir sind überzeugt, daß sich auch ohne dies keiner unserer Kollegen, der in der Lage ist, zu solchen Beiständen sein Scherlein beizufügen, davon abhalten lassen würde, weil es nicht im „Korr.“ veröffentlicht wird. Etwas Vergleiche dieser unser Zustimmung mit den Veröffentlichungen unter der Stichmarke „Vorbildliche Unternehmer“ dürften ohne Kenntnis unserer spezifischen Beweggründe für diese Frage leicht zu falschen Schlüssen führen. Da uns jedoch eine Bekanntheit auch dieser Gründe gerade im Interesse der Sache nicht ratsam erscheint, so vertrauen wir lediglich auf das gewerkschaftliche und tatsächliche Verständnis der hier in Frage kommenden Kollegen, wenn wir hoffen, daß diese Angelegenheit hiermit erledigt ist.

**Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln einer Landesversicherungsanstalt.** Laut Bekanntmachung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission sind durch Verhandlungen zwischen Vertretern des Berliner Magistrats, der Landesversicherungsanstalt Berlin und der Berliner Gewerkschaften Vereinbarungen über eine Unterstützung der Arbeitslosen aus Mitteln der Landesversicherungs-

anstalt Berlin getroffen worden. Voraussetzung ist, daß der Arbeitslose mindestens 26 Wochen innerhalb des letzten Jahres Beiträge zur Landesversicherungsanstalt Berlin geleistet hat. Miteingerechnet in diese 26 Wochen wird die Dauer einer bescheinigten Krankheit sowie die Dauer einer militärischen Übung innerhalb der letzten 52 Wochen. Weitere Voraussetzung ist, daß der Arbeitslose verheiratet ist oder durch seinen Erwerb den Unterhalt einer Familie getragen hat. Ob der die Unterstützung beanspruchende Arbeitslose in Berlin selbst oder in einem Vororte wohnt, kommt nicht in Betracht. Er hat einen Fragebogen auszufüllen; diese Fragebogen werden durch die Gewerkschaftsvorstände ausgegeben.

**Preissteigerungen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.** Nach den Preissteigerungen in den ersten Tagen der Mobilmachung hatten sich die Preise auf dem Lebensmittelmarkt zunächst wieder gelockert und hielten ein Niveau ein, gegen das sich im allgemeinen wenig einwenden ließ. Neuerdings machen sich jedoch Anzeichen geltend, die auf ein abermaliges Ansteigen der Preiskurve schließen lassen. Dabei haben wir es keineswegs mit Preissteigerungen zu tun, die etwa aus der Angst geboren sind, sondern mit Preisbewegungen, die von den wirtschaftlich Stärkeren bewußt und systematisch dem Konsum aufgezwungen werden. In erster Linie hat das Fleisch nunmehr einen Preisausschlag erfahren, der an einzelnen Orten bis zu 10 Pf. das Pfund beträgt. Dieser Aufschlag ist nach der Marktlage ganz ungerechtfertigt, mögen auch die Interessenten um Scheingründe nicht verlegen sein. Von landwirtschaftlicher Seite wurde schon eine Aushebung der zollfreien Einfuhr von Schlachtvieh verlangt, weil die Viehpreise so stark zurückgegangen waren. Die Landwirte haben sich jetzt aus dem Verkauf ihres Viehes sicherlich keinen allzu großen Nutzen gezogen, ja sie haben vielfach durch ein zu starkes Angebot den Preis für Schlachtvieh übermäßig gedrückt. Mag nun auch die erste Welle des starken Angebotes vorüber sein, so haben an ihr doch gerade der Viehhandel und die Großschlächter so gut verdient, daß sie nicht den geringsten Anlaß haben, den leichten Rückschlag auf dem Viehmarkt sofort zu Preissteigerungen auszunutzen. Die billigen Viehpreise sind dem Konsum überhaupt nicht zugute gekommen. Der Preispolitik im Viehhandel muß daher ganz scharf auf die Finger gezeihen werden: sowohl die Landwirte als auch die Konsumenten werden durch sie in gleicher Weise geschädigt. Auch die Preisbewegung von Getreide und Mehl deutet auf Gruppen hin, die ein starkes Interesse bekunden, die Preise ohne jegliche Rücksicht auf die Konsumenten so zu gestalten, daß sie möglichst viel verdienen. Ein heftiger Kampf zwischen Großmühlern und Mehlhandel zeigt deutlich, daß in beiden Lagern die gegenwärtige Situation zu Preissteigerungen ausgenutzt wird, deren Begründung kaum als stichhaltig angesehen werden kann. Daß auch für Eier, Butter, Obst und Gemüse oft Preise verlangt werden, die wesentlich höher als bis vor kurzem stehen, sei nur der Ergänzung halber betont. Nun ist auch schon eine Erhöhung des Preises für Hausbrandholz angekündigt worden. An der nötigen Begründung hat es auch hier nicht gefehlt. Weiß man doch, daß die Konsumenten gegen eine solche Erhöhung nichts auszurichten vermögen. Weiter haben die großen elektrotechnischen Firmen Preissteigerungen für ihre Artikel bis zu 20 Proz. einführen lassen. Apothekerwaren sind zum Teil ebenfalls teurer geworden. Man könnte die Liste der Preissteigerungen noch fortsetzen, die samt und sonders mit einer Reihe von Gründen gerechtfertigt worden sind, die aber meist nichts anderes belagen, als daß die wirtschaftlich Stärkeren sich vor jedem Verluste soviel wie möglich zu sichern suchen und den wirtschaftlich Schwachen einfach eine Befahrung zumuten, die sie weit weniger tragen können als die wirtschaftlich Stärkeren. Was ist denn aber die Wirkung all dieser Preissteigerungen? Daß die von ihrem Arbeitseinkommen lebenden Schichten der Bevölkerung in ihrer Konsumfähigkeit noch mehr geschwächt werden, als sie es ohnedies schon sind. Steigert man nun auf der andern Seite die Preise für die wichtigsten Lebensmittel, so schädigt man die arbeitende Bevölkerung auf doppelte Weise: man verringert nicht nur die Arbeitslosgelohnung und dadurch das Einkommen, sondern man verleiht ihr auch außerdem noch den Lebensunterhalt. Und das geschieht von wirtschaftlichen Faktoren, die wirklich allen Grund hätten, auf die Lage der arbeitenden Schichten Rücksicht zu nehmen, die über Ersparnisse verfügen und meist

kapitalkräftig sind, also die Kriegszeit überleben könnten, ohne daß sie in Verlegenheiten geraten. Ihre auf den eigenen und nächsten Vorteil bedachte Geschäftspolitik führt mit Notwendigkeit zu einer Verstärkung und Ausdehnung der Notlage innerhalb der arbeitenden Bevölkerung.

## Opfer des Krieges wurden:

- Im August:**  
 Aus Dresden: Frh Grabner (Dr.).  
 Aus Essen (Ruhr): Gerhard Mahjen.  
 Aus Gießen: Ernst Pfeiffer (Schw.).  
 Aus Gütersloh: Ludwig Helmman (S.).  
 Aus Halle: Otto Föle.  
 Aus Köpenick: Otto Lausch (S.).  
 Aus Karlsruhe: Max Seebacher, Friedrich Weber.  
 Aus Ludwigshafen a. Rh.: Julius Lauer (S.).  
 Aus Pilsen i. B.: Paul Wedt (S.).  
 Aus Straubing: Johann Gfstenbauer (Dr.).

- Im September:**  
 Aus Hamburg: Ludwig Kröger (Dr.).  
 Aus Leer: Heiko Brümmer (S.).  
 Aus München: Friedrich Baumann (P.).  
 (S. = Seher, Dr. = Drucker, Schw. = Schweizerdegen, G. = Gögler, P. = Prinzipal. Die aufgeführten Städte geben den letzten Familienort an.)

**Briefkasten.**  
 J. D. in B.: Finden wir uns damit ab. — D. B. und S. S. in M.: Werden es dem Blättle besorgen. Frdl. Gruß — W. S. in Karlsruhe: 2,45 Mk.

**Verbandsnachrichten**  
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

- Adressenveränderungen.**  
**Bad Dürkheim.** Infolge Einberufung des Vorsitzenden und Kassierers befragt die Geschäfte bis auf weiteres Kollege Friedrich Cawein, Gartenstraße 3.  
**Breslau.** (Schlesischer Maschinenfabrikerverein.) Wegen Abreise des bisherigen Kassierers hat Kollege Max Putzische, Werderstraße 23 III (per Adresse Frau Untwein), die Geschäfte übernommen.  
**Dresden.** (Maschinenfabrikerverein im Gau Dresden.) Kassierer: Gustav Götter, Dresden-M., Gabelsbergstraße 4 IV.  
**Güstrow.** Kassierer: Max Seemann, Schützenstraße 12 c.  
**Mainz.** (Maschinenmeisterklub.) Die Geschäfte des Vorsitzenden und des Kassierers versteht bis auf weiteres Kollege August Bitter, Görzstraße 2 1/2 D.  
**Rosenheim.** Vorsitzender: Anton Heim, Hubertusstraße 7 III.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
 (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse.)  
**Im Gau Bayern** der Schweizerdegen Ludwig Oberbuchner, geb. in Altdilling 1875, ausgel. in Neudilling 1891; war schon Mitglied. — Joseph Seitz in München, Solzstraße 24 I.  
**Im Gau Oberrhein** der Seher Hermann Wachinger, geb. in München 1874, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied. — Karl Lindenlaub in Freiburg i. Br., Oberau 71 III.

**Arbeitslosenunterstützung.**  
**Landshtut** (Bayern). Reichsasseverwalter (bis auf weiteres): E. Meindl, Papiererstraße 2. Die Auszahlung erfolgt im Fremdenverkehr (Gasthaus Toppel, Albstadt 392) von 5 1/2 bis 6 Uhr, Sonntags von 3 bis 4 Uhr.

**Veranstaltungskalender.**  
**Dortmund.** Bezirksversammlung Sonntag, den 20. September, nachmittags 2 Uhr, im „Schwarzen Raben“, Saalbergstraße.  
**Ludwigshafen a. Rh.** Versammlung Sonnabend, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Brüdenkopf“, Kaiser-Wilhelm-Straße.

**Juwerläufiger, militärreicher**  
**Maschinenmeister**  
 der mit Könige Vogenanleger vollkommen vertraut ist, in dauernde Stellung sofort gesucht. Bewerbungen schreiben mit Wohnanpruch und Zeugnisbescheinigungen an die  
**Mannheimer Vereinsdruckerei in Mannheim.**

**Linotypsetzer**  
 (Jede) [268]  
 sofort gesucht.  
 Buchdruckerei Hugo Eiteljörge in Düsseldorf, Kreuzstraße 54.

**Graphische Fachklassen**  
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-  
 druck, Plakatmechanische Verfahren,  
 Entwurf und Wertarbeit-Ausbildung.  
 Prospekte frei. Kunstgewerbeschule  
**Barmen**

Den Heldentod fürs Vaterland fand am 19. August unser Kollege, der Maschinenmeister  
**Frh Grabner**  
 Infanterist im 6. Infanterieregiment Nr. 105  
 Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Mitglied der C. Meirichschen  
 Buchdruckerei Dresden-M.

In Bamberg verschied an den Folgen einer Verwundung im Gefechte bei Lunaville unser lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Heiko Brümmer**  
 im Alter von 23 Jahren. [272]  
 Wir werden das Andenken dieses braven Mitgliebes dauernd in Ehren halten.  
 Bezirksverein Offriesland (B. d. D. B.),  
 Ortsverein Leer (B. d. D. B.).

Am 9. September verschied nach mehrwöchiger Krankheit unser lieber Freund und Kollege, der Annoncenleiter  
**Adolf Bach**

aus Karlsruhe im 33. Lebensjahre. Wir verlieren in demselben einen braven Kollegen und treuen Verbandsmitglied. Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren  
 Der Ortsverein in Karlsruhe.  
 Die Kollegen der Druckerei Gsch & Co.

Am 7. September verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [269]  
**Karl Berens**  
 aus Plegnit, im 38. Lebensjahre.  
 Ein ehrendes Andenken!  
 Die Kollegen der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg.

Am 7. September verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege [273]  
**Karl Berens**

im 38. Lebensjahre.  
 Wir betrauern seinen Heimgang und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Maschinenmeisterverein  
 Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Am 7. September verstarb unser werter Kollege, der Drucker [270]  
**Karl Berens**  
 aus Plegnit, im 38. Lebensjahre.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.